

Zusammenfassung und inhaltliche Auswertung der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE im Bundestag „Gesundheitsfolgen und Gesundheitsfolgekosten des Klimawandels und Handeln der Bundesregierung“ (Bundestags-Drucksache 19/14019).

In der Antwort auf die aktuelle parlamentarische Anfrage „Gesundheitsfolgen und Gesundheitsfolgekosten des Klimawandels und Handeln der Bundesregierung“, erstunterzeichnet durch die Sprecherin für Arzneimittel und Patientenrechte Sylvia Gabelmann (DIE LINKE), hat die Bundesregierung zu den Gesundheitsfolgen des Klimawandels Stellung genommen. Dabei wurden erhebliche Lücken bei Abschätzung der Gesundheitsfolgen und -folgekosten des Klimawandels deutlich.

Wie die Fragesteller in ihrer Vorbemerkung festhalten, ist die Gesundheit der Weltbevölkerung und auch der in Deutschland lebenden Menschen immensen Bedrohungen ausgesetzt. Die WHO rechnet mit etwa 250.000 zusätzlichen Todesfällen pro Jahr aufgrund der Folgen des Klimawandels. Hitzewellen, Überschwemmungen, Infektionskrankheiten und Allergien nehmen rapide zu und führen zu Erkrankungen und Todesfällen. Die Fragesteller nennen über 15 Studien mit aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnissen über den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Gesundheitsrisiken.

In Ihrer Antwort nennt die Bundesregierung Forschungsvorhaben, die einzelne Erkrankungen untersuchen, jedoch keine zusammenhängende wissenschaftliche Einschätzung: „Valide Prognosen für die Morbidität und Mortalität in Deutschland, die durch den Klimawandel verursacht oder verstärkt werden können, liegen ... nicht systematisch und umfassend vor“ (S. 5). Zugleich möchte die Bundesregierung Krankheitsfälle nicht auf einzelne Klimawandelfolgen zurückführen, da dies „Aufgrund der vielfältigen Einflüsse und Wechselwirkungen nicht möglich“ sei (S. 4). Das heißt, die Bundesregierung arbeitet in ihrer aktuellen Gesundheitsstrategie weder mit konkreten Prognosen über die Auswirkung bspw. von vektor-übertragbaren Krankheiten auf die Morbidität und Mortalität, noch mit umfassenden Abschätzungen über die insgesamt zu erwartenden Gesundheitsfolgen des Klimawandels und seiner Folgekosten für das Gesundheitssystem.

Einige Forschungsvorhaben unterliegen Verzögerungen. Der „Aktionsplan Anpassung“ der Deutschen Anpassungsstrategie, der laut Website alle vier Jahre erscheinen soll und im Jahr 2015 das letzte Mal erschienen ist, soll laut Bundesregierung erst im Herbst 2020 das nächste Mal erscheinen (S. 7). Insgesamt findet keine systematische und umfassende Forschungsförderung zum Thema „Gesundheitsfolgen des Klimawandels“ statt. „Erste Recherchen und Gespräche zur Forschungsförderung in diesem Bereich wurden durchgeführt und sollen fortgesetzt werden“, wie das Gesundheitsministerium ausführt.

Besonders auffallend ist das vollständige Fehlen einer Abschätzung hinsichtlich der Mehrkosten für das Gesundheitssystem, welche durch den Klimawandel entstehen. Allein durch zunehmende Luftverschmutzung, die den Klimawandel einerseits antreibt und andererseits von ihm verstärkt wird, entstehen Gesundheitsschäden mit Folgekosten von 2,3 bis 6,4 Milliarden Euro jährlich in Deutschland. Dennoch „liegen der Bundesregierung keine validen Modelle vor, die diese Folgekosten bis 2050 ermitteln“, wie das Gesundheitsministerium in der Antwort mitteilt.

Auch bezüglich der nachgewiesenen Gesundheitsgefährdungen durch chemische Veränderungen oder mikrobiellem Befall von Arzneimitteln infolge von Hitze erklärt die Bundesregierung, ihr würden keine Hinweise zu diesem Zusammenhang vorliegen (s. 15).